



Martin Gebhardt/pixello.de

Rechte und Pflichten im Kontakt mit der Polizei

Was muss ich?

Darf ich?

Soll ich?



Kinder &
Jugend
Anwaltschaft
Tirol

Kija

Kinder- und Jugendanwaltschaft Tirol

Information
Beratung
Hilfe

vertraulich - kostenlos - anonym

Kija Tirol

Meraner Straße 5
6020 Innsbruck
Tel.: +43 (0)512/508 3792
kija@tirol.gv.at
www.kija-tirol.at

Hol dir die kostenlosen Web-Apps



Deine Rechte U18
<https://rechte-u18.at>



School Checker
<https://schoolchecker.at>

Impressum

Herausgeberin:
Kinder- und Jugendanwaltschaft Tirol
Meraner Straße 5
6020 Innsbruck
Tel.: +43 (0)512/508 3792
kija@tirol.gv.at
www.kija-tirol.at

Text und Layout: Kija Tirol
Druck: Druckerei Pircher, 6430 Ötztal-Bahnhof
Bilder: pixelio.de
Juli 2022

Inhalt

1. Begriffserklärungen.....	1
2. Feststellung der Identität	5
3. Personendurchsuchung.....	6
4. Körperliche bzw. molekulargenetische Untersuchung	7
5. Hausdurchsuchung	8
6. Einvernahme bei der Polizei	9
7. Sicherstellung.....	12
8. Festnahme	13
9. Private Sicherheitsdienste/Security	14
10. Tipps.....	16
11. Und wenn ich unfair behandelt wurde?	16
12. Beratungsstellen	18
13. Bezirksgerichte.....	19

1. Begriffserklärungen

Wenn man mit der Polizei in Kontakt kommt, ist es wichtig zu wissen, was gerade aus welchem Grund passiert.

Nur wer sich auskennt, kann seine Rechte einfordern, aber auch seine Pflichten einhalten und damit weitere Schwierigkeiten vermeiden. In diesem Zusammenhang werden oft ungewohnte Begriffe verwendet.

Damit du auch verstehst, was gemeint ist, werden diese nun genau erklärt. Du wirst sie auch in der Broschüre immer wieder finden. Dort sind sie „**fett**“ geschrieben, damit du daran denkst, dass du sie vorne nachschlagen kannst!

Angeklagte/Angeklagter

Eine **Beschuldigte**/ein **Beschuldigter**, sobald die Anklage bei Gericht eingebracht worden ist.

Ausübung unmittelbarer Zwangsgewalt

Wenn die Polizei eine Maßnahme gegen deinen Willen durchsetzt. Das kann auch mit Androhung oder Anwendung von körperlicher Gewalt passieren. Denke z. B. an Bilder von Demonstrationen, die nicht friedlich aufgelöst werden können.

Bescheid

Ein Schriftstück einer Verwaltungsbehörde (Bezirkshauptmannschaft, Stadtmagistrat). So können z. B. Verwaltungsstrafen ausgesprochen werden.

Beschuldigte/Beschuldigter

Eine Person, gegen die ein ganz konkreter Verdacht vorliegt, etwas Strafbares getan zu haben. Um diesen Verdacht aufklären zu können, werden meist Ermittlungen (z. B. Einvernahmen oder Hausdurchsuchungen) durchgeführt. Davor besteht nur ein vager Anfangsverdacht und man wird als Verdächtige/Verdächtiger bezeichnet. Beide Male stehen einem aber die gleichen Rechte zu!

Eingriff in die körperliche Integrität

Wenn auf Grund einer Handlung einer Polizistin/eines Polizisten deine seelische oder körperliche Gesundheit beeinträchtigt wird.

Gefahr im Verzug

Beschreibt eine Situation, in der sofort gehandelt werden muss, da sonst ein Schaden eintreten oder ein Beweismittel verloren gehen würde.

Aus diesem Grund darf die Polizei eine Handlung sofort setzen, die eigentlich zuerst genehmigt werden müsste.

Stell dir z. B. vor, die Polizei hat den Verdacht, dass in einer Wohnung jemand geschlagen wird. Auch wenn die Polizei eine Wohnung normalerweise nicht ohne gerichtliche Bewilligung betreten darf, ist es in dieser Ausnahmesituation erlaubt.

Gefährlicher Angriff

Wenn das Leben, die Gesundheit, die Freiheit oder das Eigentum durch eine strafbare Handlung ganz konkret bedroht werden.

Es reicht dazu schon aus, wenn man gegen jemanden körperlich aggressiv vorgeht, also versucht, eine Person zu attackieren.

Kriminelle Vereinigung

Wenn sich mehrere Menschen auf längere Zeit zusammenschließen, um mehrere **Straftaten** zu begehen.

So handelt man z. B. als kriminelle Vereinigung, wenn drei Jugendliche gemeinsam den Plan entwickeln, in eine Tankstelle einzubrechen, sie dazu einen möglichen Tatort erforschen, die Lage besprechen und bestimmen, wer welche Aufgaben übernimmt.

Öffentliche Ordnung

Verhaltensregeln, die ein friedliches Zusammenleben zwischen den Menschen ermöglichen sollen.

Denke z. B. an die Vorschriften, die festlegen, wie du dich auf öffentlichen Plätzen zu verhalten hast. Dort darf man nicht zu jeder Tages- und Nachtzeit tun und lassen was man will.

Private Sicherheitsdienste/Security

Das sind keine Polizistinnen/Polizisten und sie haben auch nicht die gleichen Rechte wie die Polizei.

Private Securities sind Sicherheitsdienste mit eigenen Befugnissen. Näheres dazu findest du unter Punkt 9.

Staatsanwaltschaft

Behörde mit speziell ausgebildeten Juristinnen/Juristen, die **Straftaten** „im Auftrag des Staates“ verfolgen.

Strafregister

Eine Datenbank, in die alle strafrechtlichen Verurteilungen eingetragen werden.

Um manche Tätigkeiten und Berufe ausüben zu dürfen, musst du einen Auszug aus deinem Strafregister vorlegen, der keine Einträge aufweisen darf.

Solche Einträge werden nach einer gewissen Zeit aber auch wieder aus dem Strafregister gelöscht.

Straftaten

Dazu gehören z. B. Körperverletzung, Diebstahl, Sachbeschädigung, Raub, unbefugter Gebrauch von Fahrzeugen, Nötigung usw. Wirst du verdächtigt, eine Straftat begangen zu haben, ermitteln die Polizei und die **Staatsanwaltschaft** gegen dich.

Es kann zu einer Gerichtsverhandlung kommen und eine Richterin/ein Richter entscheidet mit Urteil darüber, ob du schuldig bist oder nicht, und welche Strafe du erhältst.

Rechtskräftige Verurteilungen werden in das **Strafregister** eingetragen.

Verbotene Gegenstände

Drogen, Waffen, Kriegsmaterial, bestimmte pornographische Darstellungen, ...

Verteidigerin/Verteidiger

Anwältinnen/Anwälte, die **Beschuldigte** oder **Angeklagte** im Strafverfahren vertreten.

Vertrauensperson

Eine Person, die beruhigend auf dich wirkt und bei der du das Gefühl hast, dass sie den Überblick über eine schwierige Situation behalten kann.

Die Anwesenheit einer Vertrauensperson kannst du bei den meisten Handlungen, die Polizistinnen/Polizisten dir gegenüber setzen, verlangen.

Das Gesetz nennt als Vertrauensperson deine gesetzliche Vertretung (meistens deine Eltern), andere Erziehungsberechtigte, sonstige Angehörige, Lehrpersonen, Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter der Kinder- und Jugendhilfe oder der Bewährungshilfe.

Vertrauenspersonen dürfen in die Angelegenheit aber nicht selbst verwickelt sein!

Verwaltungsstraftaten

Übertretungen, wie Schwarzfahren, Verstöße gegen das Jugendgesetz, Moped fahren ohne Führerschein, Störung der öffentlichen Ordnung usw.

In diesen Fällen wird ein Verwaltungsstrafverfahren eingeleitet. Die Behörde kann mittels **Bescheid** eine Geld- oder Freiheitsstrafe verhängen. Diese Freiheitsstrafen darfst du nicht mit den Haftstrafen im gerichtlichen Gefängnis verwechseln und diese werden auch NICHT in das **Strafregister** eingetragen.

2. Feststellung der Identität

Pflichten:

In Österreich kann die Polizei unter anderem deine Identität feststellen, wenn

- du verdächtigt wirst, an einem **gefährlichen Angriff** beteiligt zu sein.
- du als Jugendliche/Jugendlicher von zu Hause ausgerissen und abgängig bist.
- du auf Grund einer psychischen Erkrankung eine Gefahr für dich und andere darstellst.
- du in deiner Wohnung eine verdächtige Straftäterin/einen verdächtigten Straftäter verborgen hältst.
- es zur Aufrechterhaltung der **öffentlichen Ordnung** notwendig ist.

An der Feststellung deiner Identität hast du mitzuwirken und Auskunft über Namen, Geburtsdatum und Wohnanschrift zu erteilen. Wirst du verdächtigt, an einer **Straftat** beteiligt gewesen zu sein, dürfen auch Geschlecht, Geburtsort und Beruf ermittelt werden.

Für österreichische Staatsbürgerinnen/Staatsbürger besteht keine Ausweispflicht. Das heißt, du musst keinen Ausweis bei dir haben. Ein solches Dokument erleichtert aber die Feststellung deiner Identität. Kann diese nämlich nicht ermittelt werden, obwohl die Voraussetzungen dafür vorliegen, darf dich die Polizei auf das Wachzimmer mitnehmen.

Anderes gilt für Personen, die nicht die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen. Kommst du beispielsweise aus einem EU-Land, musst du grundsätzlich immer einen Lichtbildausweis (z. B. deinen Pass oder Personalausweis, dein Führerschein reicht nicht aus!) dabei haben.

Ebenso ist es wichtig, bei einer Reise in ein EU-Land einen Ausweis mitzunehmen. Je nach Situation und Land kann nämlich sehr wohl die Pflicht bestehen, sich ausweisen zu müssen.

Als Nicht-EU-Bürgerin/Bürger musst du sogar dein Visum (Aufenthaltstitel) vorzeigen können.

Rechte:

Die Polizistin/der Polizist muss dir den Grund für die Identitätsfeststellung nennen und dir ihre/seine Dienstnummer auf Verlangen bekannt geben.

3. Personendurchsuchung

Pflichten:

Eine Polizistin/ein Polizist darf deine Kleider, Taschen und Rucksäcke durchsuchen und deinen Körper „besichtigen“ (z. B. Abtasten), wenn

- du dabei ertappt wirst, etwas Strafbares getan zu haben (Diebstahl, Einbruch, Drogenbesitz, ...).
- du festgenommen worden bist.
- anzunehmen ist, dass du **verbotene Gegenstände** bei dir trägst (Waffen, Drogen).
- es für die Aufklärung einer **Straftat** notwendig ist.

BEACHTEN:

Wenn du bei einer Großveranstaltung (z. B. einem größeren Konzert oder einer Sportveranstaltung) bist, gelten besondere Regelungen. Findet eine Einlasskontrolle statt, dürfen deine Taschen und Rucksäcke durchsucht werden!

Rechte:

Anlässlich einer Personendurchsuchung hast du unter anderem das Recht,

- über die Gründe der Besichtigung und deine Rechte informiert zu werden.
- das Gesuchte freiwillig herauszugeben. Erst wenn du dieser Aufforderung nicht nachkommst, darf die Polizei mit der Besichtigung anfangen.

- eine **Vertrauensperson** zur Besichtigung beizuziehen.
- die Besichtigung deines Körpers durch eine Beamtin/einen Beamten des gleichen Geschlechts vornehmen zu lassen!
- innerhalb von 24 Stunden eine Bestätigung über die Durchführung und Ergebnisse der Durchsuchung zu erhalten.

4. Körperliche bzw. molekulargenetische Untersuchung

Je nachdem, was dir vorgeworfen wird, darf die Polizei deinen Körper nicht nur besichtigen, sondern auch untersuchen. Zum Beispiel können deine Körperöffnungen (Mund, Magen, Vagina, After, ...) durchsucht werden, erkennungsdienstliche Behandlungen (Fingerabdrücke, Mundhöhlenabstriche, Fotos, ...) durchgeführt oder sogar eine DNA-Analyse (von Haaren, Nägeln usw.) gemacht werden.

Die Voraussetzungen für jede einzelne Maßnahme sind im Gesetz aber genau festgelegt und müssen eingehalten werden.

Rechte:

Bei allen Untersuchungen hast du zumindest das Recht, dass die Untersuchung nur aufgrund einer gerichtlichen Bewilligung und auf Anordnung der Staatsanwaltschaft durchgeführt wird.

Nur wenn **Gefahr im Verzug** vorliegt, kann bei einer körperlichen Untersuchung davon abgewichen werden, wenn zusätzlich

- eine **Vertrauensperson** bei der Durchsuchung anwesend ist.
- die Durchsuchung von einer Ärztin/einem Arzt bzw. einer Gerichtsmedizinerin/einem Gerichtsmediziner durchgeführt wird.
- du über deine Rechte, Gründe und Folgen der Untersuchung informiert wirst.
- du innerhalb von 24 Stunden eine Bestätigung über die Durchsuchung erhältst.
- gewisse Daten vernichtet werden, wenn feststeht, dass du die strafbare Handlung nicht begangen hast.

Außerdem hast du das Recht, im Nachhinein eine unabhängige Überprüfung des Vorfalles zu verlangen (siehe Punkt 11).

BEACHTE:

Besondere Regelungen gibt es für die Blutabnahme oder andere kleinere Eingriffe, wie z. B. eine Röntgenaufnahme.

Solche Eingriffe darf die Polizei auch ohne deine Zustimmung vornehmen lassen, wenn du beispielsweise verdächtigt wirst,

- eine **Straftat** in alkoholisiertem Zustand begangen zu haben.
- eine **Straftat** begangen zu haben, während du wegen des Konsums von Suchtmitteln oder einem anderen berauschenden Mittel beeinträchtigt warst.
- eine besonders schwere **Straftat** begangen zu haben.

5. Hausdurchsuchung

Grundsätzlich ist das eigene Heim ein geschützter Bereich, der nur mit Zustimmung der Eigentümerin/des Eigentümers betreten werden darf (Hausrecht).

Davon gibt es allerdings Ausnahmen, die vor allem mit dem Verdacht zusammenhängen, dass eine strafbare Handlung vorliegt oder ein **gefährlicher Angriff** bevorsteht.

Pflichten:

Deine Wohnung darf durchsucht werden, wenn

- vermutet wird, dass sich eine **Beschuldigte/ein Beschuldigter** darin aufhält bzw. jemand, der an einem **gefährlichen Angriff** beteiligt ist.
- sich dort Sachen bzw. Spuren befinden, die für die Aufklärung einer **Straftat** bzw. eines **gefährlichen Angriffs** notwendig sind.

Rechte:

Du hast das Recht, dass

- die Durchsuchung – außer bei **Gefahr im Verzug** – nur aufgrund einer gerichtlichen Bewilligung und auf Anordnung der Staatsanwaltschaft durchgeführt wird.
- auf dieser Bewilligung der Zeitraum genau angegeben ist, in dem die Durchsuchung stattfinden darf.
- genau angegeben wird, wonach gesucht werden soll, damit du das Gesuchte freiwillig herausgeben kannst.
- du bei der Durchsuchung immer anwesend bist.
- eine **Vertrauensperson** bei dir ist.
- du innerhalb von 24 Stunden eine Bestätigung über die Wohnungsdurchsuchung erhältst.

Außerdem hast du das Recht, im Nachhinein eine unabhängige Überprüfung des Vorfalles zu verlangen (siehe Punkt 11).

BEACHTE:

Behält die Polizei Sachen zurück, die in der Bewilligung nicht genannt werden, handelt es sich um eine Sicherstellung. Diese hat, wie in Punkt 7 beschrieben wird, abzulaufen.

6. Einvernahme bei der Polizei

Wenn der Polizei strafbare Vorfälle bekannt werden, wird ein Strafverfahren eingeleitet. Dabei kann es sich um eine **Straftat** oder um eine **Verwaltungsstraftat** handeln.

Um mehr Informationen zu erhalten, vernimmt die Polizei oftmals Personen entweder als Auskunftspersonen, Zeuginnen/Zeugen oder **Beschuldigte**.

Je nachdem, in welcher Rolle man befragt wird, hat man unterschiedliche Rechte. Es ist also wichtig, sich bereits vor einer Aussage genau zu erkundigen, in welcher Rolle man vernommen wird.

Zu einer Einvernahme musst du in der Regel schriftlich (Ladung) aufgefordert werden. Außerdem musst du schon in der Ladung

darüber informiert werden, worüber du befragt wirst, welche Rechte du hast und wo und wann die Einvernahme stattfinden wird.

Wenn du zu dem genannten Termin unentschuldigt nicht erscheinst, kann dich die Polizei vorführen.

Bei der Einvernahme werden dir dann viele Fragen gestellt, sowohl zu deinem Namen, deinem Geburtsdatum und deiner Wohnadresse, als auch über den Vorfall, zu dem die Polizei ermittelt. Oft geht es um kleine Details. Lass dich davon nicht verunsichern, sondern bitte um eine Pause, wenn die Einvernahme länger dauert und die Situation sehr belastend für dich wird.

Deine Antworten werden von der Polizistin/dem Polizisten mitgeschrieben und am Ende der Einvernahme kannst du sie dir im Protokoll noch einmal durchlesen und Änderungen verlangen, wenn etwas nicht stimmt.

Befragung als Auskunftsperson

Auskunftspersonen müssen nicht unbedingt etwas gesehen haben, können aber oft wichtige Hinweise für die Arbeit der Polizei liefern.

Befragung als Zeugin/Zeuge

Wenn du eine **Straftat** hingegen selbst gesehen oder davon gehört hast und über deine Wahrnehmungen berichten sollst, wirst du als Zeugin/Zeuge vernommen.

Dabei hast du unter anderem das Recht darüber informiert zu werden, wann du die Beantwortung einzelner Fragen verweigern darfst, z. B. wenn

- du über Situationen befragt wirst, in denen du selbst etwas Strafbares getan haben könntest.
- du über Situationen befragt wirst, in denen nahe Verwandte (wie Mutter, Vater, Geschwister, Onkel, Tante usw.) etwas Strafbares getan haben könnten.

- du (oder deine Familie) durch die Beantwortung einer bestimmten Frage einen großen finanziellen Schaden erleiden könntest.
- durch die Beantwortung einer bestimmten Frage ungerechtfertigt in deinen höchstpersönlichen Lebensbereich eingegriffen wird.

Wenn du etwas wirklich nicht weißt oder dich nicht mehr erinnern kannst, sag dies einfach.

Du kannst auch eine **Vertrauensperson** zur Einvernahme mitnehmen.

Pflichten:

Soweit keine Aussageverweigerungsrechte bestehen, musst du als Zeugin/Zeuge die Wahrheit sagen.

Andernfalls begehst du eine falsche Beweisaussage, wofür man in Österreich streng bestraft werden kann.

Befragung als Beschuldigte/Beschuldigter

Als **Beschuldigte/Beschuldigter** wirst du vernommen, wenn du verdächtigt wirst, eine **Straftat** begangen zu haben oder daran beteiligt gewesen zu sein.

In dieser Situation hast du das Recht,

- gut über den Tatvorwurf und deine Rechte informiert zu werden (Recht auf Rechtsbelehrung). Diese Belehrung kann mündlich oder schriftlich erfolgen.
- dich vor der Einvernahme mit **einer Verteidigerin/einem Verteidiger** auszutauschen.
- die Aussage zu verweigern.
- eine **Vertrauensperson** und/oder **eine Verteidigerin/einen Verteidiger** zur Einvernahme mitzunehmen.
- das Protokoll bzw. die Niederschrift der Vernehmung durchzulesen. Falls es unvollständig oder missverständlich ist, musst du es nicht unterschreiben.

- dir deinen Akt vor der Einvernahme anzuschauen, um über alle Ergebnisse aus den bisherigen Ermittlungen informiert zu sein.
- den Anwaltsnotruf unter der Nummer **0800/376386** zu kontaktieren, der dir in Österreich rund um die Uhr gratis zur Verfügung steht.
- der Einvernahme eine Dolmetscherin/einen Dolmetscher beizuziehen, wenn du Schwierigkeiten hast, dich zu verständigen.

Nimm deine Rechte vor deiner Aussage wahr!

Du benötigst zwingend eine **Verteidigerin/einen Verteidiger**,

- wenn du festgenommen wirst,
- wenn du zur sofortigen Vernehmung vorgeführt wirst,
- für die Gegenüberstellung von möglichen Tätern und Zeugen,
- für die Tatrekonstruktion.

Hier muss deine **Verteidigerin/dein Verteidiger** dich unbedingt zur Einvernahme begleiten.

BEACHTE:

Wechselnde Aussagen werden vor Gericht meistens ungünstig bewertet.

7. Sicherstellung

Pflichten:

Die Polizei darf Gegenstände abnehmen bzw. an sich nehmen, die

- am Tatort gefunden werden und als Tatwerkzeug gedient haben könnten (Beweismittel).
- du durch die Begehung einer **Straftat** erlangt hast (z. B. Diebesgut).
- bei einem **gefährlichen Angriff** verwendet wurden und weiterhin eine Bedrohung darstellen.
- Festgenommenen gehören und eine Gefahr für sie und andere darstellen.

- bei einer Flucht hilfreich sein können.

Rechte:

Du hast das Recht, dass

- dir eine Bestätigung über die Sicherstellung übergeben wird.
- dir die Gegenstände wieder zurückgegeben werden, sobald der Grund für die Sicherstellung weggefallen ist.

Außerdem hast du das Recht, im Nachhinein eine unabhängige Überprüfung des Vorfalles zu verlangen (siehe Punkt 11).

8. Festnahme

Pflichten:

Man darf dich grundsätzlich nur unter Vorlage eines richterlichen Haftbefehls festnehmen, wenn

- du konkret verdächtigt wirst, eine **Straftat** begangen zu haben und
- einer der folgenden Haftgründe vorliegt:
 - Man hat dich bei der Ausführung der **Straftat** erwischt.
 - Man befürchtet, dass du fliehen wirst.
 - Man befürchtet, dass du wieder eine **Straftat** begehen wirst.
 - Man befürchtet, dass du die Spuren der Tat beseitigen oder Zeuginnen/Zeugen beeinflussen wirst.

Rechte:

In dieser Situation hast du das Recht,

- von der Polizei über deine Rechte informiert zu werden.
- eine **Vertrauensperson** und eine **Verteidigerin/einen Verteidiger** von der Festnahme zu verständigen. Dazu kannst du abermals den kostenlosen Anwaltsnotruf wählen!
- Rechtsmittel gegen die Festnahme zu erheben und die Freilassung zu beantragen.

- innerhalb von 48 Stunden zu den Haftgründen und dem Tatverdacht einvernommen und in die Justizanstalt des zuständigen Gerichtes überstellt oder freigelassen zu werden.
- dass dir die gerichtliche Anordnung innerhalb von 24 Stunden und eine schriftliche Begründung über die Voraussetzungen der Festnahme gezeigt werden.

BEACHTE:

Bei **Gefahr im Verzug** - und auch wenn du bei der Ausführung der Tat erwischt wirst - darf dich die Polizei von sich aus festnehmen!

9. Private Sicherheitsdienste/Security

Private Sicherheitsdienste sind nicht mit Polizistinnen/Polizisten zu verwechseln. Sie werden oft an öffentlichen Orten wie Parks, Bahnhöfen oder auch in öffentlichen Verkehrsmitteln, Einkaufszentren oder bei Veranstaltungen eingesetzt.

Ihnen kommen dabei Aufgaben wie die Aufrechterhaltung der **öffentlichen Ordnung**, der Schutz bzw. die Sicherheit von Personen oder die Durchsetzung der Rechte von Veranstalterinnen/Veranstaltern zu.

Unterscheide dabei zwischen privaten Sicherheitsdiensten, mobilen Überwachungsorganen oder sonstigen Sicherheitsorganen.

Widersetzt du dich der Anweisung eines mobilen Überwachungsorgans, können größere Probleme auf dich zukommen als bei einer Auseinandersetzung mit einer privaten Security.

Private Sicherheitsdienste

Es werden Privatpersonen tätig, denen keine Sonderbefugnisse zukommen. Sie haben z. B. dafür zu sorgen, dass die Hausordnung bei einer Veranstaltung eingehalten wird.

Dementsprechend können sie etwa ein Hausverbot aussprechen. Personenkontrollen bei Veranstaltungen durchzuführen gehört ebenfalls zu ihren Aufgaben.

Daneben gibt es in Innsbruck aber auch die **Mobile Überwachungsgruppe (MÜG)**, die der Polizei schon viel ähnlicher ist. Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter der MÜG tragen auch eine Uniform mit Dienst- bzw. Aufsichtsplakette und müssen dir ihre Dienstnummer bekannt geben, wenn du es wünschst.

Die Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter der MÜG sorgen vor allem für die Aufrechterhaltung der **öffentlichen Ordnung** und Sicherheit. Auch sonstigen Sicherheitsorganen, wie Ortpolizistinnen/Ortpolizisten, wirst du außerhalb von Innsbruck immer wieder begegnen, beispielsweise bei der Überwachung der Parkordnung.

Ihnen allen kommen aber nicht die gleichen Rechte zu wie der Polizei. Ihre Befugnisse reichen weniger weit. Sie dürfen dich z. B. nicht verhaften und dich nicht untersuchen. Sie können dich nicht dazu zwingen, dich auszuweisen.

Jedenfalls haben sie aber das Recht, dich anzuhalten, bis die Polizei eintrifft. Vor allem dann, wenn sie dich bei einer **Straftat** bzw. **Verwaltungsstraftat** ertappen, z. B. beim „Schwarz-Fahren“!

Sie können aber auch eine Wegweisung von öffentlichen Plätzen anordnen, wenn du eine Vorschrift aus dem Verwaltungsrecht missachtest.

Solche Maßnahmen dürfen aber immer nur dann gesetzt werden, wenn sie unbedingt notwendig sind und nur so lange, bis die Polizei eintrifft.

10. Tipps

Grundsätzlich ist es beim Kontakt mit der Polizei wichtig, dass

- du deine Rechte und Pflichten kennst.
- du möglichst ruhig und sachlich bleibst.
- du dich nicht provozieren lässt, sondern dich passiv verhältst.
- du auch selbst nicht provozierst, also keinen aktiven Widerstand gegen eine polizeiliche Handlung leistest!

Du hast das **Recht**,

- darüber informiert zu werden, welche Rechte du im Zusammenhang mit der polizeilichen Maßnahme hast und warum die Polizei einschreitet.
- die Dienstnummer der Polizistin/des Polizisten zu erfahren. Der Name muss dir jedoch nicht genannt werden!
- auf Unvoreingenommenheit und Gleichbehandlung während der Durchführung der Amtshandlung.
- höflich behandelt zu werden.

BEACHTE:

Du hast aber auch die **Pflicht**, an der Durchführung der Amtshandlung mitzuwirken! Du darfst die Polizistinnen und Polizisten nicht beschimpfen und du solltest dich höflich verhalten!

11. Und wenn ich unfair behandelt wurde?

Gegen Handlungen der Polizei kannst du eine Maßnahmenbeschwerde an die Landesverwaltungsgerichte oder einen Einspruch bei der zuständigen Staatsanwaltschaft erheben.

Hat eine Polizistin/ein Polizist die in Punkt 10 angeführten Rechte dir gegenüber nicht eingehalten, kannst du zusätzlich innerhalb von 6 Wochen eine Beschwerde bei der Dienstaufsichtsbehörde einbringen.

Auch bei Maßnahmen von privaten Sicherheitsdiensten kannst du dich beschweren bzw. Anzeige erstatten, wenn deine Rechte nicht gewahrt wurden.

Auch wenn du mit einem (Straf-) **Bescheid** nicht einverstanden bist, kannst du ein Rechtsmittel erheben.

Wie lange du dafür Zeit hast, welche Form das Rechtsmittel haben muss (Fax, E-Mail, Brief) und an wen es zu richten ist (Bezirkshauptmannschaft, Landesverwaltungsgericht), muss im **Bescheid** selbst angeführt werden.

BEACHTE:

Es ist manchmal kompliziert, das richtige Rechtsmittel auszuwählen. Außerdem musst du schnell reagieren, damit du keine Fristen versäumst. Melde dich also am besten sofort bei einer Beratungsstelle!

12. Beratungsstellen

Anwaltlicher Notruf

Tel.: 0800/376386

Kinder- und Jugendanwaltschaft Tirol

Meraner Straße 5, 6020 Innsbruck

Tel.: +43 (0)512/508 3792

E-Mail: kija@tirol.gv.at

www.kija-tirol.at

Chill Out

Tel.: +43 (0)512/5721210

Drogenberatung Z6

Tel.: +43 (0)699/13143316

KIZ - Kriseninterventionszentrum

für Kinder- und Jugendliche

Tel.: +43 (0)512/580059 - rund um die Uhr

Suchthilfe Tirol

Tel.: +43 (0)512/580080

Streetwork Z6

Tel.: +43 (0)512/563768

Tiroler Rechtsanwaltskammer

Tel.: +43 (0)512/587067

ZeMit – Zentrum für MigrantInnen in Tirol

Tel.: +43 (0)512/577170

13. Bezirksgerichte

Bei den Bezirksgerichten gibt es den Amtstag (Dienstag 08:00 bis 12:00 Uhr, manchmal Anmeldung erforderlich), an dem kostenlos Rechtsauskünfte erteilt werden.

Bezirksgericht Hall

Tel.: +43 (0)5/76014 3451

Bezirksgericht Imst

Tel.: +43 (0)5/76014 3462

Bezirksgericht Innsbruck

Tel.: +43 (0)5/76014 342

Bezirksgericht Kitzbühel

Tel.: +43 (0)5/76014 3463

Bezirksgericht Kufstein

Tel.: +43 (0)5/76014 3452

Bezirksgericht Landeck

Tel.: +43 (0)5/76014 3467

Bezirksgericht Lienz

Tel.: +43 (0)5/76014 3468

Bezirksgericht Rattenberg

Tel.: +43 (0)5/76014 3469

Bezirksgericht Reutte

Tel.: +43 (0)5/76014 3470

Bezirksgericht Schwaz

Tel.: +43 (0)5/76014 347100

Bezirksgericht Silz

Tel.: +43 (0)5/76014 3472

Bezirksgericht Telfs

Tel.: +43 (0)5/76014 3473

Bezirksgericht Zell/Ziller

Tel.: +43 (0)5/76014 3474

